

Politische Landkarte Deutschlands im Umbruch - Konjunktur der Großparteien vorüber - Kampf zweier Lager

Ein Tag, der alle Dogmen Lügen straft

■ Große Koalition hat politische Ränder nicht gestärkt.
 ■ Neue Parteienlandschaft fördert den Wettbewerb.

Am Sonntag gingen einige politische Dogmen zu Bruch. Zum Beispiel, dass es bei drei linksgerichteten Parteien im Bundestag niemals mehr für eine Zwei-Parteien-Koalition, und schon gar nicht für eine rein bürgerliche Mehrheit reichen würde. Tatsächlich hat Schwarz-Gelb 20 Sitze mehr erreicht, als für die Majorität nötig wäre. Wenn auch erst nach einer Pause von elf Jahren.

Das zweite zerstörte Dogma war, dass eine große Koalition automatisch zur Erstarkung der „politischen Ränder“ führen würde. Dagegen spricht die stabile Lage der Union, die mit einem Minus von 0,5 Prozent gegenüber 2005 praktisch gleich geblieben ist. Richtig ist zwar, dass alle Oppositionsparteien zulegen konnten, am meisten die FDP und die Linken. Zumindest bei der FDP kann man wohl kaum vom „politischen Rand“ sprechen. Aber auch außerhalb des Parlaments hat sich keine radikale Partei durchgesetzt. Deutschlands Demokratie zeigt sich krisenfest.

Dennoch hat sich die politische Landkarte Deutschlands so dramatisch verändert wie noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Konjunktur der Großparteien

ist vorüber. Beide treten in neue Konkurrenzen und Konstellationen. Union und SPD bezeichnen sich zwar nach wie vor als „Volksparteien“. Das stimmt jedoch höchstens beim Anspruch, alle Schichten des Volkes vertreten zu wollen. Bei einem Stimmenanteil von 23 Prozent kann die SPD zahlenmäßig jedoch kaum noch als Großpartei bezeichnet werden.

Rot-Rot-Grün warten auf ihre Chance

Ob man diese Schwankungen als Schwäche bezeichnen will, bleibt Ansichtssache. Fest steht nur, dass bei immer mehr Parteien in einem gleich großen Parlament immer weniger Sitze auf die einzelnen Parteien entfallen. Viele mittlere und kleinere Parteien gelten immer noch als Schreckge-

WIENER ZEITUNG
 ANALYSE
 Von Markus Kauffmann

spenst, weil die zersplitterte Weimarer Republik noch im Gedächtnis ist, deren Scheitern die größte Katastrophe auf deutschem Boden auslöste.

Doch auch dieses Dogma ist gefallen. Im Bundestag sind derzeit sechs Parteien in fünf Fraktionen vertreten, die sich ihrerseits in zwei Lager aufteilen. Die drei Oppositionsparteien mögen zueinander zwar in Konkurrenz stehen - von der Gefahr eines populistischen Bieterwettkampfs wurde bereits gesprochen -, an-



Eine bürgerliche Mehrheit ist doch möglich. Foto: epa

dererseits hätten diese drei Parteien bei einer der nächsten Wahlen die reale Chance, einen Politikwechsel herbeizuführen. Das ist gut für den Wettbewerb.

In beiden Lagern kam es aber zu eklatanten Gewichtverschiebungen: Als Union und FDP zuletzt 1994 eine schwarz-gelbe Koalition eingingen, betrug

der Stimmenabstand zwischen den Partnern immerhin noch rund 35 Prozent. Die Christdemokraten waren sechsmal so stark wie die Liberalen. Heute sind sie nur noch gut zweimal so groß, der Abstand schrumpfte auf 15 Prozent. Eine selbstbewusste FDP wird Angela Merkel das Regieren nicht leichter ma-

chen - Wunschkoalition hin oder her. Die Knackpunkte werden sein: Zeitpunkt und Art der Steuererleichterungen, Aufhebung bereits vereinbarter Mindestlöhne, Gesundheitsreform, Kündigungsschutz, Terrorbekämpfung.

Auf der linken Seite das Spiegelbild: Der abtrünnige Lafontaine hat seiner politischen Mutter SPD das Fürchten beigebracht. Auch wenn die SPD vorgestern mehr verloren hat, als die Linke gewann, ändert dies nichts daran, dass er den Niedergang seiner früheren Partei eingeleitet hat. Der Abstand der Linken zur SPD beträgt nur noch 11 Prozent.

Schwarz-Gelb steht unter einem enormen Erwartungsdruck: Die Koalition muss beweisen, dass sie den Abbau der gigantischen Schuldenlast sozial gerecht vornehmen und gleichzeitig die Steuerlast senken kann, was der Quadratur des Kreises gleichkommt. Gleichzeitig muss sie zeigen, auf welche Weise die Bildungs- und Forschungsziele finanziert werden können. Sie muss - gegen die Mehrheitsmeinung - die Gewinnung von Atomenergie zeitlich strecken. Sie muss die Gesundheitsreform behutsam in eine staatsfernere Richtung umsteuern, ohne die Belastungsquoten für die Versicherten zu erhöhen. Vor allem aber muss die neue Regierung in Deutschland die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigen und gleichzeitig einen Zusam-

menbruch des Arbeitsmarktes verhindern.

Dass sie bei jeder dieser Herkulesaufgaben auf den erbitterten Widerstand der Opposition stoßen wird, ist unvermeidlich. Frank-Walter Steinmeier, falls er den SPD-Parteitag im November überlebt, will sich als Oppositionsführer profilieren, er hat also gar keine Wahl. Umso mehr Verantwortung kommt auf die Wirtschaftsverbände, insbesondere auf die Gewerkschaften zu.

Die SPD muss ihre Niederlage als Chance zur Erneuerung be- und ergreifen. Und sie wird begreifen müssen, dass Wahlen nur in der Mitte gewonnen werden. Ein zweites Bad Godesberg ist ihr dringend zu empfehlen. Die Flügelkämpfe, die die Sozialdemokratie seit ihrem Entstehen begleiten und belasten, haben sich teilweise nach außen verlagert (Konfrontation mit Grünen und Linkspartei), teilweise regional verstärkt (Ost-West) und sind strukturell im Parteikader eingebaut. Das ist fatal.

Nur eine klar konturierte, einhellig selbstbewusste Sozialdemokratie kann wieder die Rolle ergreifen, für die sie in der Bundesrepublik gebraucht wird. Ob Frank-Walter Steinmeier die Einigungs- und gleichzeitig Erneuerungskraft hat, wird man sehen. Spätestens am 9. Mai 2010, wenn das bevölkerungsreichste Bundesland, Nordrhein-Westfalen, einen neuen Landtag wählt. ■

analyse@wienerzeitung.at

Rekordbrecher trotz allseits gemächlicher Vorbereitung

■ Volksparteien verlieren an Boden.
 ■ Linke als fünfte Macht etabliert.

Wer hätte das gedacht? Am Ende eines allseits als gemächlich bis langweilig empfundenen Wahlkampfes steht eine Wahl der Superlative: 71 Prozent bedeuten die niedrigste Wahlbeteiligung in der deutschen Nachkriegsgeschichte; für die Sozialdemokraten sind 23 Prozent der Zweitstimmen ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsgeschichte, ihr Minus von 11,2 Prozentpunkten ist zugleich der größte Verlust, den eine Partei jemals hat einfahren müssen. Auf der anderen Seite stehen FDP, Linke und Grüne, deren Ergebnisse von 14,6, 11,9 sowie 10,7 Prozent ebenfalls neue Rekordstände bedeuten - im Gegensatz zur SPD allerdings im positiven Sinne. Einzig die Union aus CDU und CSU hat es am Wahlabend nicht vermocht, einen Rekord aufzustellen. 33,8 Prozent stellen für sie

„nur“ das zweitschlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte dar.

Was sich schon 2005 abgezeichnet hat, fand mit diesem Ergebnis seine Fortsetzung: Die beiden Volksparteien verlieren an Boden: Noch 1976 konnten CDU/CSU und SPD (aus heutiger Sicht ungläubliche) 91,2 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Dieses Mal waren es gerade noch 56,8 Prozent - kaum mehr als die Hälfte. Auch das, wen wundert es, ein neuer Minusrekord.

Kleine sind Gewinner

Gewinner sind die kleinen Parteien, in Größe, aber auch in Zahl. Die Linkspartei hat sich als fünfte Partei in Deutschland etabliert; ihr ist es zum zweiten Mal in Folge gelungen, besser als die Grünen abzuschneiden und vierte Kraft im Parlament zu werden. In zwei der 16 deutschen Bundesländer ist sie stärkste Partei. Und auch in der Gruppe der Arbeitslosen. Keine Frage, die politische Landschaft in Deutschland ist

bunter und unübersichtlicher geworden.

Der Umgang mit dieser neuen Unübersichtlichkeit bereitet Parteien wie Wählern allerdings Probleme. Koalitionsfragen nahmen breiten Raum im Wahlkampf 2009 ein: Die FDP hatte eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen

WIENER ZEITUNG
 ANALYSE
 Von Thorsten Faas

im Vorfeld ausgeschlossen; für die Grünen war nicht minder klar, dass der „Dampfer nach Jamaika“ (so ihr Spitzenkandidat Jürgen Trittin) nicht ablegen würde, die Grünen also in keine Koalition mit Union und FDP gingen. Einer Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei hatte schließlich die SPD - vermutlich letztmalig allerdings - eine Absage erteilt. Kurzum: Jedes denkbare Dreierbündnis hatte mindestens einer der Beteiligten ausgeschlossen, übrig blieben - ganz wie 2005 - nur schwarz-

gelb oder schwarz-rot als Optionen. Damals wurde es schwarz-rot, dieses Mal schwarz-gelb.

Politischer Inhalt fehlte

Solche Fragen des „Wer mit wem“ und vor allem des „Wer nicht mit wem“ wurden eifriger diskutiert als alle inhaltlichen Fragen. Die Union unter Angela Merkel hatte sich für einen präsidentialen Wahlkampf entschieden. Das hatte seinen Preis: Viele Unionsanhänger haben dieses Mal der FDP ihre Stimme gegeben, um das Ende der großen Koalition zu besiegeln. Diesen Preis hat Angela Merkel gerne bezahlt: Sie bot kaum Angriffsfläche, was dem Wahlkampf der SPD Züge von Schattenboxen verlieh. Merkel zu stellen, gelang der SPD und ihrem Frontmann Frank-Walter Steinmeier nicht.

Für die SPD endete das deutsche Superwahljahr 2009 mit einem Desaster: 23 Prozent für eine stolze, traditionsreiche Partei. Viele ihrer Anhänger haben ihr dieses Mal die Stimme ver-

weigert und sind zu Hause geblieben. Viele sind zur Linkspartei abgewandert. In der Gruppe der Arbeiter - ihrer früheren Kernanhängerschaft - liegt die SPD erneut hinter der Union und nur noch knapp vor der Linkspartei. In der Gruppe der Arbeitslosen liegt sie schon dahinter. Das Herz der SPD - die Frage der sozialen Gerechtigkeit - es schlägt nicht mehr für sie. Nach der Überwindung der Schockstarre kann es für die SPD nur heißen: „Gehen Sie zurück auf Los“. In der Opposition wird sich die Partei programmatisch erneuern müssen: Denn wofür steht die SPD? Auch ihr Verhältnis zur Linkspartei wird sich in der Opposition - geint in der Gegnerschaft zur „bürgerlichen“ Regierung - leichter überdenken lassen.

Die Große Koalition hat das Land entpolitisiert. Gerade junge Wähler sind noch seltener zur Wahl gegangen als bei früheren Wahlen, sie haben auch seltener als ältere Wähler ihre Kreuz bei etablierten Partei-

en gemacht. Eine Re-Politisierung ist nötig - und das genau der bürgerlichen Koalition und der linken Opposition gemeinsam gelingen. Mit 70 Prozent hat die Wahlbeteiligung hoffentlich bei dieser Wahl ihren Tiefststand erreicht. Zumindest diesbezüglich sollte es dann 2013 keinen neuerlichen (Minus-)Rekord zu vermelden geben. ■

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/analyse



Thorsten Faas ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Foto: Archiv

analyse@wienerzeitung.at